

# Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofgasse Nr. 15

Nr. 138.

Pränumerationspreis:  
für Laibach: Ganzj. fl. 8-40;  
Anstellung ins Haus wirtsj. 25 fr.  
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Donnerstag, 19. Juni 1879. — Morgen: Herz-Jesu-Fest.

Insertionspreis: Ein-  
spaltige Zeitzeile à 4 fr., bei  
Wiederholungen à 3 fr. An-  
zeigen bis 6 Zeilen 20 fr.

12. Jahrg.

## Wähler Krains!

In nächster Zeit wird eine Aufgabe von höchster Bedeutung an Euch herantreten. Die Neuwahlen für den Reichsrath sind zu vollziehen. Nur kurze Frist ist diesmal den Vorbereitungen gegönnt. Tretet also ohne jeden Verzug in die Wahlbewegung; steht, wie bei allen Wahlen der letzten Jahre, abermals treu zur Fahne der Verfassung und des Fortschritts; seid einig, unermüdet und ohne Zagen, damit Ihr auch jetzt der Mühseligkeit und dem Andrängen der Gegner siegreich die Spitze bietet.

In ernster Lage wird der künftige Reichsrath zusammentreten; zahlreiche und schwierige Aufgaben harren der Lösung. Es ist ein lauter Wunsch der Bevölkerung und eine nothwendige Voraussetzung für eine gedeihliche und dauernde Entwicklung der allgemeinen Wohlfahrt: daß vorerst alle unnützen politischen Discussionen und der aufregende staatsrechtliche Hader vermieden werden. Offene und versteckte Angriffe auf die Verfassung und unsere freiheitlichen Grundgesetze, jeder Versuch, die ohnehin bereits bis zur zulässigen Grenze eingeengte Machtspähre des Gesamtreiches zugunsten der Länder und Nationalitäten noch weiter zu beschränken, müssen daher einfach und energisch zurückgewiesen und Zeit und Thätigkeit mit aller Ausdauer der wirthschaftlichen Arbeit, der Regelung der schwebenden materiellen Fragen zugewendet werden.

Neben zahlreichen Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Einzelnen wird als oberstes Ziel die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte aufzustellen sein, und es wird sich dabei ebensowol um eine thunlichst ausgiebige Herabminderung der Ausgaben in der Heeresverwaltung wie in anderen Zweigen der Administration, als auch um die endliche Durchführung der lang erwarteten Steuerreform handeln, mittelst welcher unter angemessener Erleichterung der überbürdeten Grund- und Gebäudesteuerträger eine gleichmäßige und gerechte Vertheilung der öffentlichen Lasten hergestellt werden soll.

Wähler Krains! Habt also acht, daß nicht Männer gewählt werden, die Gegner unsere Verfassung sind oder ihr bloß zum Scheine anhängen, und die im Reichsrathe zeitraubende und verderbliche politische Kämpfe von neuem ansuchen würden; schenket Euer Vertrauen nur solchen, die Ihr als echte, durch Wort und That erprobte Anhänger der Verfassung kennt, als warme Freunde des Reiches wie der Heimat, vertraut mit den wahren Bedürfnissen des Volkes, bereit und geeignet, wirklich segensbringender, praktischer Thätigkeit sich zuzuwenden und an der Bewältigung der bevorstehenden wirthschaftlichen Arbeiten fördernd theilzunehmen.

Die Männer, die wir theils nach dem Ergebnis stattgehabter Probewahlen, theils über Vorschlag des Bezirkswahlcomités als Kandidaten empfehlen, geben Euch diese Bürgschaften. Alle haben schon auf verschiedenen Gebieten im Lande verdienstvoll gewirkt, die Lauterkeit und Unabhängigkeit ihres Charakters wie ihre Fähigkeiten gewähren die volle Sicherheit, daß sie ihres ehrenvollen Amtes entschieden, erfolgreich, allezeit nur das Beste ihrer Mitbürger im Auge haltend, walten werden.

Wähler Krains! Auf diese Männer vereinigt alle und gleichen Sinnes Eure Stimmen; bewahret auch diesmal jene muster-giltige Disciplin, die, jede persönliche Anschauung willig unterordnend, nur die gemeinsame große Sache im Auge hat und die allein die Gewißheit des Erfolges bietet. Vollzählig müssen die Freunde der Verfassung im ganzen Lande am Tage der Entscheidung ein- stehen. Niemand darf wanken, niemand zögern. So soll es und so wird es sein, und die krainische Verfassungspartei wird einen neuen ruhmreichen Erfolg zu verzeichnen haben — zum Heile Oesterreichs, zum Wohle Krains!

### Als Kandidaten werden empfohlen:

Für den städtischen Wahlbezirk: Stadt Laibach, Handels- und  
Gewerbekammer in Laibach:

**Carl Deskmann,**

Landesausschußmitglied und Hausbesitzer in Laibach.

Für den städtischen Wahlbezirk: Adelsberg, Idria, Oberlaibach,  
Paas, Radmannsdorf, Neumarkt, Stein, Krainburg,  
Pak:

**Dr. Julius Ritter v. Vesteneck,**

I. I. Bezirkshauptmann und Gutsbesitzer.

Laibach am 19. Juni 1879.

Für den städtischen Wahlbezirk: Rudolfswerth, Weixelburg,  
Gurksfeld, Landstraß, Tschernembl, Möttling, Gottschee,  
Reifnitz:

**Franz Kromer,**

I. I. Hofrath des obersten Gerichtshofes.

Für den Landwahlbezirk: Gottschee, Treffen, Seisenberg,  
Ratschach, Nassensfuß:

**Dr. Julius v. Wurzbach,**

Advokat und Gutsbesitzer.

Vom Centralwahlcomité für die Reichsrathswahlen in Krain.

## Eine vielbesprochene Zeitfrage.

Man hat Oesterreich vor nicht gar langer Zeit den Staat der Unwahrscheinlichkeiten genannt. Begründet war diese Benennung durch so manches ganz unerwartete Verfassungsexperiment, durch so manchen ganz unvorhergesehenen Regierungsact, welcher auf kürzestem Verordnungswege das über den Haufen zu werfen drohte, was man noch kurz vorher als unerschütterliche Basis für den inneren Rechtsbestand des Kaiserstaates ansah. Hoffentlich ist diese Zeit der Experimente vorüber. Aber es liegt einmal im Begriffe des individuellen wie des socialen und politischen Lebens, daß er keinen Zustand absoluter Ruhe, kein Stadium des unabänderlichen Beharrens duldet. Hier wie dort ist Bewegung, ist Kraftäußerung nach innen und außen hin erforderlich; hier wie dort würde ein Stillstand eben nur den Uebergang zur beginnenden Perfection bedeuten. Darum hat auch der Begriff des „Conservatismus“ nur insofern eine Berechtigung, als man darunter das Bestreben nach Erhaltung der vorhandenen staatlichen Ordnung versteht. Oesterreich, der vielsprachige Staat, in dessen Gefüge so vielerlei Nationen, so vielerlei Glaubensrichtungen und politische Anschauungen Platz finden, hat allen Grund, conservativ im oben erwähnten Sinne zu sein. Aber es hieße das die natürliche Entwicklungsfähigkeit des Staatsganzen in Fesseln schlagen, es hieße das den Zerfall des Staatswesens vorbereiten, wenn man verlangen wollte, daß die heute gegebenen Zustände als unveränderliches Erbe auf die späteren Generationen vererbt werden sollen. Besonders bedenklich wäre eine derartige Forderung in Bezug auf jene Einrichtungen, welche erst der neuesten Zeit entstammen und, vielleicht unter dem äußeren Drucke zwingender Verhältnisse entstanden, die Probe für ihre organische Existenzberechtigung erst abzulegen haben.

Sollen wir die Verhältnisse namhaft machen, auf welche der eben ausgesprochene Satz angewendet werden kann, so müßten wir in erster Linie die durch den ungarischen Ausgleich herbeigeführte Wechselstellung der beiden Reichshälften erwähnen. Ob es nicht im wirtschaftlichen und allgemein politischen Interesse des Gesamtstaates wäre, wenn dieses unter dem Namen des Dualismus bekannte Verhältnis nicht eingeführt worden wäre, soll hier unerörtert bleiben. Wol aber ist es eine jederzeit dringliche Zeitfrage, zu untersuchen, ob dieses Verhältnis, so wie es jetzt besteht, den Anforderungen der Billigkeit entspricht. Namentlich wird diese Frage dann zu einer brennenden, wenn es sich um die Wahl der Männer handelt, welche im

Namen des Volkes berufen sind, an der Aufgabe der Gesetzgebung Antheil zu nehmen. Und darum dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn in den verschiedenen, bis jetzt laut gewordenen Wahlprogrammen das staatsrechtliche Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn immer wieder in den Vordergrund der Erwägungen tritt. Eine solche Sorgfalt für ein wesentliches Staatsinteresse ist nur zu billigen; hier wäre auch die Auffassung des conservativen Prinzips als eines Prinzips des unumwandelbaren Stillstandes am wenigsten am Platze. Aber man darf auch gerade bei Besprechung dieser Frage nicht vergessen, daß es sich dabei nicht um die theoretische Unterfuchung eines bloßen Versuches, eines bloßen Experiments, sondern vielmehr um die Erörterung eines staatsrechtlichen Verhältnisses handelt, auf welchem, ganz abgesehen von seiner wenig beweiskräftigen historischen Begründung, nicht nur der innere Staatenbau Oesterreichs, sondern auch dessen Stellung zum Auslande beruht. Gerade letztere fällt aber zu einer Zeit schwer in die Waagschale der Erwägungen, welche den diplomatischen und kriegerischen Erfolg vergöttert und welche in einem Bismarck nicht nur den Neubegründer der deutschen Einheit, sondern auch den unbarmherzigen Zwingherrn des Parlamentarismus in Deutschland groß werden ließ.

Wir könnten daher auch nicht einer Bestrebung das Wort reden, welche kurzweg entweder die Rückkehr zur josephinischen Idee des Einheitsstaates verlangt oder aber zwischen Oesterreich und Ungarn als zwei bloß durch die Person des Monarchen verbundenen, aber sonst voneinander unabhängigen Staaten das Tisch Tuch förmlich entzweischneiden will. Erstes wie letzteres sind Theorien, welche bei dem ersten Versuche einer Verwirklichung auf unbefiegbaren Widerstand stoßen müßten. Und wer bloß seinen Lieblingsideen nachjagt, ohne sich um die Möglichkeit ihrer Durchführung zu kümmern, ist eben nicht als erster Politiker, sondern eben nur als akademischer Grillensänger aufzufassen.

Aber diese Erkenntnis darf uns andererseits doch nicht hindern, die stets nach Bethätigung, nach Bewegung und Fortschritt drängende Kraft des politischen Lebens dort hochzuhalten, wo man unter Anerkennung der vorhandenen Situation dieselbe nicht einfach zu den Todten zu werfen, sondern den Anforderungen der Billigkeit anzupassen sucht. Zu den Bestrebungen dieser Art gehören aber die Bemühungen, eine Reform der Delegationswahlordnung in dem Sinne durchzuführen, daß die Delegierten Oesterreichs ihren ungarischen Kollegen ebenso als Ausdruck der Majorität der Volksvertretung gegenüberreten können, wie das bei der Delegation des ungarischen Reichstages

der Fall ist. Heute besteht die österreichische Delegation aus sechzig Mitgliedern. Bierzig davon wählt das Abgeordnetenhaus, zwanzig das Herrenhaus, wobei noch ausdrücklich bemerkt werden muß, daß die Delegierten des Abgeordnetenhauses nicht vom ganzen Hause durch Stimmenmehrheit, sondern durch die Abgeordneten der einzelnen Kronländer aus ihrer Mitte gewählt werden. Liegt nun schon ein Widerspruch darin, daß eine Volksvertretung die zur Berathung und Beschlussfassung über gemeinsame Reichsangelegenheiten ermächtigten Vertrauensmänner von und aus den Deputierten der einzelnen Kronländer wählen läßt, so ist noch außerdem das derzeitige Delegationsinstitut ganz darnach geschaffen, den Gedanken der parlamentarischen Majorität geradezu lächerlich zu machen. Denn gesetzt den Fall, daß die Delegierten der Reichsräthe aus Galizien mit jenen des Herrenhauses einverstanden sind, so sind die von den Volksvertretern des ganzen übrigen Oesterreichs gewählten Vertrauensmänner einfach überstimmt und mundtot gemacht. Liegt in einem solchen Uebelstande nicht für jede, selbst für die beste Regierung ein unwiderstehlicher Reiz, dem constitutionellen System ein Schnippchen zu schlagen? Was liegt daran, wenn auch vier Fünftel des österreichischen Abgeordnetenhauses gegen ein Projekt der Regierung sind? Das Herrenhaus ist fast immer dafür, und wenn man auch gerade nicht die galizischen Delegierten dafür gewinnen kann — ein oder der andere Delegierte wird sich vielleicht gerade aus Opposition gegen die Majorität des Abgeordnetenhauses doch gewinnen lassen. Ein unabsehbares Feld von Bedenken thut sich uns aber erst dann auf, wenn man erwägt, welche Mittel einer jeden Regierung zugebote stehen, um einen oder den andern Abgeordneten ganz im Gegensatz zu seiner eigenen Ueberzeugung für sich zu gewinnen. Nach einem guten alten Sprichworte erspart ein Schloß dem Dieb sein Verbrechen und dem Eigenthümer den Verlust. Gut dem, lege man auch da ein Schloß vor, wo es sich um die Wahrung des parlamentarischen Grundgedankens handelt, nur durch und mit der Mehrheit zu herrschen. Lasse man die Mitglieder der österreichischen Delegation, so wie es in Ungarn geschieht, aus dem Plenum des Hauses und durch das Plenum des Hauses wählen. Dann ist sie der Ausdruck der Majorität, welcher gegenüber auch ein in Wahl der Mittel wenig bedenkliches Ministerium gewiß keine Ueberredungskünste verächtlicher Art anwenden wird.

## Feuilleton.

### Das Gebiet von Spizza.

Infolge des Berliner Vertrages hat Oesterreich die ehemals zu Türchisch-Albanien gehörige Gemeinde Spizza (Spica oder Sotomori) erworben. Nach Artikel XXVIII des erwähnten Vertrages wurde die neue Grenze des Fürstenthums Montenegro im Nordwesten durch eine Linie bestimmt, welche, von der Küste des Adriatischen Meeres ausgehend, zwischen den Dörfern Susana und Zubci durchläuft und an dem äußersten südöstlichen Punkte der Grenze von Montenegro, an der Bruta-Planina, endet. Zwischen dieser Grenzlinie und der bisherigen südlichen Grenze Dalmaziens liegt nun das kleine Küstenterritorium von Spizza, welches zufolge Artikel XXIX, dritter Absatz desselben Vertrages, in Dalmazien einverleibt wurde. Das Gesetz vom 15. April 1879 verfügt in Ausführung der eben angezogenen beiden Artikel die thatsächliche Einverleibung der Gemeinde Spizza ins Königreich Dalmazien; es verfügt weiters, daß die in Dalmazien bestehen-

den Geseze und Einrichtungen auch in diesem neu erworbenen Gebiete zu gelten haben, ermächtigt jedoch die Regierung, Uebergangsbestimmungen hierzu auf dem Verordnungswege zu treffen. In der That ist dies auch bereits geschehen, und es hat insbesondere das k. k. Finanzministerium durch eine Verordnung vom 4. Mai 1879 bestimmt, daß das Gebiet von Spizza in den die Finanzverwaltung betreffenden Angelegenheiten dem Steueramte Bubua, beziehungsweise der Bezirkshauptmannschaft Cattaro und der Bezirksschätzungskommission für die Regelung der Grundsteuer in Cattaro, dann der Finanzbezirks-Direction Ragusa zugewiesen werde. Es ist nicht ohne Interesse, schon heute, obwol noch keine genaueren geodätischen Aufnahmen und statistischen Erhebungen vorliegen, wenigstens dasjenige mitzutheilen, was in den Verhandlungen betreffs des Berliner Vertrages vorgekommen ist und einige bisher noch nicht publicierte amtliche Daten enthält.

Wir folgen bei der diesbezüglichen Darstellung einem in der „Statistischen Monatschrift“ veröffentlichten Artikel, nach welchem sich das Gebiet von Spizza in südöstlicher Richtung in der Länge von beiläufig einer geographischen Meile

Zustlinie zwischen dem Höhenraude des Küstengebirges, beziehungsweise der montenegrinischen Grenze, und dem Meere erstreckt. Es enthält die Ortschaften: Midice, Gjurmani, Papani, Miljevice, Zagradici, Zantovici, Brkani, Sotomori oder Spizza am sogenannten Hafen von Spizza, ferner Brdca und Magjari und im Anschlusse daran die Ortschaft Susanj, in einer Länge- und Breiten-Ausdehnung von 0.25 bis 0.37 M. ( $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Gehstunden). Das Gesamtflächenmaß des Territoriums läßt sich daher auf ungefähr 0.75 geogr. Quadratmeilen angeben. Diese Angaben sind, wir wiederholen es, nur sehr unbestimmte; weder ist die Grenzlinie bisher an allen einzelnen Punkten topographisch festgestellt, noch liegen für das Territorium genaue Aufnahmen vor. Die vom k. k. österr. geographischen Institute im Jahre 1877 herausgegebene Generalkarte von Mitteleuropa ist selbstverständlich nicht in demjenigen Maßstabe gemacht, welcher zur planimetrischen Berechnung genügen würde, und auch die Detail-Küstenaufnahme, welche vonseite der k. k. österr. Marine unter Kommando des Sinienschiffskapitans v. Oesterreicher durchgeführt wurde, kann dazu nicht ausreichen, weil sie eben zu ganz anderen

# Politische Tagesgeschichte.

## Staatskredit und Novibazar-Convention.

Wenn auch die Börse infolge der Ueberspeculation aufgehört hat, als Gradmesser des öffentlichen Vertrauens zu gelten, so sind doch die Bewegungen des Geldmarktes in einzelnen Fällen um so mehr zu berücksichtigen, als selbst die geschickteste Börsenoperation den durch die öffentliche Lage bedingten, aber künstlich unterdrückten Stimmungsausdruck nicht zurückhalten vermag. Jetzt stehen wir wieder vor einer Erscheinung dieser Art. Nachdem es der im Dienste der Politik Andrássy's arbeitenden und deshalb von den Offiziösen mit großem Wohlgefallen constatirten Hauffebewegung gelungen ist, die österreichischen Renten ziemlich rasch auf einen hohen Kurs emporzutreiben, ist plötzlich im Verlaufe der letzten Tage ein Rückschlag eingetreten, welcher um so mehr Stoff zum Nachdenken gibt, als man eben den günstigen Stand der Renten als einen Beweis des wachsenden Staatskredits hinzustellen beliebte. Wäre diese noch vor kurzem in allen Tonarten wiederholte Versicherung der Offiziösen eine begründete, dann müßte auch umgekehrt das Sinken der Rente einen Rückschlag des Staatskredits bezeichnen. Wir haben aber in jüngster Zeit im politischen Leben Oesterreichs nur ein Ereigniß zu verzeichnen, das auf den Stand des Geldmarktes einen derartigen Einfluß ausüben konnte. Wir meinen die famose Convention von Novibazar. Aber gerade der Abschluß dieses Vertrages, in welchem Andrássy unsere mit dem Blute tapferer Soldaten und mit dem sauer erworbenen Steuergulden der Unterthanen erkauften Rechte auf die occupirten Provinzen gegen das Linsengericht einer Ausöhnung mit der Pforte hingab, wurde von der Börse als förderndes Moment für die Steigerung der Kurse bezeichnet und ausgenüßt. Man behauptete nämlich, daß durch diesen unseligen Staatsvertrag der Friede gesichert erscheine. Woher nun der vorerwähnte Rückschlag der Kurse?

Die Offiziösen erklären, daß es die an der Börse ausgeprägten Vermuthungen gewesen seien, welche den ungünstigen Stimmungswechsel verschuldeten. Dieser Vorwand darf nicht gelten. Denn wer die Bewegungen des Geldmarktes während der letzten Wochen aufmerksam verfolgte, der weiß, daß die Hauffe in ihrer Vertrauensseligkeit sich durch schlechterdings gar keine äußeren Einflüsse iremachen ließ. Warum sollte also gerade jetzt ein ganz unbegründetes Gerücht eine so nachhaltige Wirkung ausüben? Viel näher liegt eine andere Erklärung, nach welcher die jüngste Rentenhauffe einfach nur als das Ergebnis eines Hauffemansövers der Speculation aufgefaßt wird, welches trotz des üblen

Zwecken und à la vue gemacht wurde. Es ist daher dringend nöthig, daß jene Expedition, welche eben die Vermessung der montenegrinischen Grenzen gegen die Herzegowina vornimmt, auch bald eine geodätische Aufnahme des Gebietes von Spizza ausführe.

Die Bevölkerungszahl ist nur approximativ bekannt: in den zuerst genannten drei Dörfern Misiće, Gjurmani und Bapani sollen 120, in den übrigen sieben Ortschaften 176 Familien wohnen; die Einwohner von Susani werden auf circa 70 Familien angegeben. Rechnet man die Familie durchschnittlich zu vier bis fünf Köpfen, so ist die Gesamtbevölkerung des Gebietes von Spizza mit 1650 Einwohnern zu veranschlagen. Diese Bevölkerung gehört insgesammt der albanesischen Nationalität an und spricht thatsächlich ebenjowol slavisch (serbisch) als albanesisch. Dem Religionsbekenntnisse nach gehören die Bewohner der Ortschaften Misiće, Gjurmani und Bapani dem orientlich-griechischen Glauben, jene der übrigen Dörfer aber der katholischen Religion an. Die ersteren werden zuweilen als streitsüchtig bezeichnet, wogegen die katholische Bevölkerung als friedfertig und sympathisch, betriebsam und fleißig

Eindrucks der Novibazar-Convention bei der Bevölkerung so lange durchgeföhrt wurde, bis sich die wahre Natur dieses beklagenswerthen Vertrages nicht mehr verheimlichen ließ. Die Novibazar-Convention bedeutet, wie wir bereits früher ausführten, den Zusammenbruch der Ausdehnungspolitik des auswärtigen Amtes, und die Börse ist nun genöthigt, diese Thatsache dadurch zu quittieren, daß sie nicht mehr im Stande ist, die hinaufgeschwindelten Rentenkurse auch fernerhin fest zuhalten. Soll überhaupt der Staatskredit Oesterreichs wirklich gefestigt werden, so zwar, daß eine Besserung der Renten wirklich als Ausdruck der öffentlichen Lage aufgefaßt werden kann, so kann uns dazu kein wenn auch noch so glänzender, aber kostspieliger äußerer Erfolg verhelfen. Hier kann nur eine richtige, die Hebung des Volkswohlstandes aufstrebende Wirtschaftspolitik und Sparsamkeit im Staatshaushalte dauernde Resultate erzielen. Alle anderweitigen Börsenertrugenschaften sind eitle Kartenhäuser, welche schon bei dem leichesten Windhauch in sich ebenso zusammenfallen, wie die neueste Hauffe der Rente.

## Wer ist der Gefoppte?

Wenn zwei, die sich zeitweilig feindlich gegenüberstanden, urplötzlich Arm in Arm vor die Öffentlichkeit treten, so glaubt man nur in den seltensten Fällen an eine wirkliche Ausöhnung. Viel eher ist man geneigt, anzunehmen, daß man entweder gegen eine dritte Person irgend einen Anschlag im Schilde führt und daß man nur um dieses Zweckes willen für den Augenblick auf die alte Feindschaft vergißt, oder aber, daß der eine oder der andere von diesen beiden die ganze Veröhnungskomödie nur inszenierte, um dem alten Gegner einen Streich zu spielen. Ganz derselbe wohlbegründete Verdacht wurde auch ausgesprochen, als Fürst Bismarck und die deutsche Centrumpartei sich als Alliierte der Welt zeigten. „Bismarck will mit Hilfe des Centrums den Widerstand der Nationalen gegen seine Wirtschaftspläne brechen. Die Klerikalen sind ihm nur ein Mittel zum Zweck, welche er schon in Wälde wieder als den Mohren behandeln wird, welcher seine Schuldigkeit gethan hat.“ So lautete das allgemeine Urtheil, doch wurde daran auch die Bemerkung geknüpft, daß die Klerikalen vom Kaliber eines Windhorst, eines Schorlemer-Ust dem Reichskanzler ihre Unterstützung wol nicht ohne einen entsprechenden Gegen dienst gewähren würde. Man sprach vom Aufgeben des Kulturkampfes, und wirklich hatte es auch den Anschein, als ob der eiserne Kanzler seine Kampfpolitik gegen den Ultramontanismus einstellen wolle, während man andererseits von den Klerikalen wieder eine größere Nachgiebigkeit in den Wirtschaftsfragen voraussetzte, als diese wirklich zu bieten gesonnen

gilt; trotzdem ist die Bevölkerung größtentheils arm. Die Agrarverhältnisse sind so geregelt, daß der behaute Boden freies Eigentum ist und das Colonat nicht vorkommt. Die natürlichen Erwerbsbedingungen sind aber sehr spärlich vorhanden. Zwei Drittheile der ganzen Ausdehnung des Gebietes bilden auf den meist schroffen Abhängen des Küstengebirges sterile Flächen oder höchstens mit niederem Gestrüppe bewachsenes armes Weideland; nur ein Drittheil ungefähr ist eigentlich urbarer, kulturfähiger Boden und wird im Terrassenbau, wie er auch in den Küstestrichen der Bocche üblich ist, zu Oliven, Weingärten oder als eigentliches Ackerland benützt. Das Klima und die Vegetationsverhältnisse sind denjenigen des südlichen Dalmazien gleich.

Was die für Schiffahrt und Fischerei wichtige Beschaffenheit der Meeresufer betrifft, so ist sie als sehr ungünstig zu bezeichnen, vorherrschend felsig, schroff und steil abfallend. Nur bei Sanj und Sotomori (Spizza) ist das Ufer flach und sandig, es können jedoch nur kleine Küstenfahrer oder Barken bei ganz ruhiger See anlaufen, während das Landen größerer Schiffe ganz und gar unmöglich ist.

waren. Wer jedoch die ganze Compromißangelegenheit zwischen dem Staatskanzleramte und dem Centrum des deutschen Reichstages aufmerksam verfolgte, dem konnte es nicht entgehen, mit welchem wechselseitigen Mißtrauen von beiden Seiten immer nur solche halbe Zugeständnisse gemacht wurden, welche man eventuell wieder zurückziehen konnte, um dann dem früheren Widersacher gegenüber sofort den alten feindseligen Standpunkt wieder einnehmen zu können.

Die Ultramontanen aller Länder haben das vor ihren Gegnern voran, daß sie unter Umständen eine Geduld und eine Zähigkeit entwickeln, welche eines besseren Zieles würdig wäre. Diesen Vorzug haben denn auch die deutschen Ultramontanen anlässlich ihres „Geschäftes“ mit Bismarck bewährt. Sie begnügten sich einfach damit, den halben Concessionen des Reichskanzlers auch ihrerseits nur halbe Zugeständnisse entgegenzubringen. Vor allem zeigten sie gerade in jenem Punkte eine außerordentliche Vorsicht, auf dessen Durchführung Bismarck den größten Werth legte. Dort, wo es sich um die Schutzölle handelte, reichten sie ihm ganz unbedenklich die Hand. Im Punkte der Finanzölle aber, durch deren Erträgnis die bisher unter Genehmigung des deutschen Parlaments von den Reichsmitgliedern eingehobenen sogenannten Matricularbeiträge ersetzt werden sollten, gab es für die Herren vom Centrum keine Nachgiebigkeit. Sie wußten recht wohl, daß des Staatskanzlers innere Politik in erster Linie darauf gerichtet ist, sich vom Parlamente ganz unabhängig zu machen. Dieses geht nicht gut an, so lange der Reichstag Gelegenheit hat, durch Verweigerung der Steuern dem Fürsten ausgiebige und wirksame Opposition zu machen. Daraus erklärt sich aber auch die Bestimmung Bismarcks, als er die Klugheit erkannte, mit welcher das Centrum dem Versuche auswich, das Parlament durch die Einführung der Finanzölle um das Budgetrecht zu bringen und dadurch sich selbst dem eisernen Kanzler wehrlos ans Kaffermesser zu liefern. Bismarck ist nicht der Mann, welcher seinen Unwillen lange verbergen kann, und so rächte er sich denn dadurch, daß er für das erste dem Plane einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrecher bloß deshalb entgegentrat, weil eine solche auch den verurtheilten Bischöfen und Geistlichen zugute kommen mußte. Nun hielten auch die Männer vom Centrum nicht mehr länger an sich und haben ihre Vertreter in der Tariffkommission des Reichstages beauftragt, für die Einhebung der Steuern und Finanzölle bloß bis zum 1. April 1881 einzuwilligen. Ferner soll der Ueberschuß aus denselben nicht dem Reiche, sondern den deutschen Einzelstaaten zur Herabminderung der direkten Steuern zufließen. Die Matricularbeiträge sollen nach wie vor erhoben werden.

Daß gerade durch die letztere Bestimmung dem Lieblingsplane Bismarcks ein dicker Strich durch die Rechnung gezogen wird, ist nach dem Gesagten leicht begreiflich. Ob er aber deshalb der Gefoppte ist, bleibt zum mindesten fraglich. Denn Bismarck hat durch seine Verhandlungen mit dem Centrum gezeigt, daß er eventuell auch den Liberalen zum Trotz seine Absichten durchsetzen könnte. Im national-liberalen Lager hat man das auch bereits gewürdigt, wie die Unterordnung Benningens und seiner Partei unter Bismarcks Wirtschaftspläne beweist. Ja, wir werden nicht fehlgehen, wenn wir voraussagen, daß jetzt ein guter Theil der Liberalen dem rücksichtslosen Reichskanzler weit gefügiger entgegen treten wird, sobald er nur wieder eine freundlichere Miene zeigt und dem Centrum wieder seine eberne Faust fühlen läßt. Dieses aber hat trotz seiner Schlaueit gar nichts gewonnen, als daß seine Wähler, welchen man Bismarck immer als leibhaftigen Belzebub an die Wand malte, über den Compromißversuch ihrer Vertrauensmänner mit dem eisernen Kanzler stußig werden mußten. Vielleicht hatte es Bismarck darauf und auf die Erregung eines Zwistes im Lager des Centrums abgesehen.

In diesem Falle hat er seinen Zweck wenigstens theilweise erreicht und offenbar die Einheit und das Ansehen einer Partei geschädigt, welche bisher weder in Güte noch mit Gewalt dem Heerbanne des Reichskanzlers einzuverleiben war.

Wie man aus Graz meldet, hat der dortige Bezirkshauptmann für die Umgebung Graz die Verteilung des Wahlauftrages des Bezirksausschusses „Umgebung Graz“ fiktirt, worin die Wähler aufgefordert werden, nur für einen Kandidaten einzutreten, der unabhängig ist und weder auf den Bischof noch auf den Minister hört. Man wird von mancher Seite nicht ermangeln, gegen diese Verfügung Bedenken zu erheben. Doch ist sie insofern gerechtfertigt, als die Bezirksvertretungen nur rein administrative Bezirksangelegenheiten zu erledigen haben und daher jede Einmischung in politische Tagesfragen als eine Ueberschreitung ihres Wirkungskreises behandelt werden muß. Ob eine solche Ueberschreitung von liberaler oder von clerikaler Seite erfolgt, kann und muß der Behörde gleichgültig sein.

In Böhmen hat sich nunmehr auch der Jungtscheche Tomer für die bedingungslose Beschickung des Reichsraths erklärt und diese Erklärung zugleich in sein vor der Breznitzer Wählerversammlung abgelegtes Kandidaten-Programm aufgenommen. Desgleichen sprach sich der Gegenkandidat des Alttschechen Beitammers, Instrumentenfabrikant Cerveny in Rdniggrätz, vor einer dort abgehaltenen Wahlkonferenz für die unbedingte Reichsrathsbeschickung aus.

Der Verein der Fortschrittsfreunde in Wien hat mit Rücksicht darauf, daß Justizminister Glaser es nicht für gut fand, seine Kandidatur persönlich anzumelden, beziehungsweise sich den Wählern der innern Stadt vorzustellen, beschlossen, von der beabsichtigten Aufstellung der Kandidatur Glasers Umgang zu nehmen und an deren Stelle die Mandatsbewerbung Dr. Hoffers zu befürworten.

— **Officiöse Schlaueit.** Der amtliche „Vote für Tirol und Vorarlberg“ ist mit einem langen Artikel vor seine Leser getreten, in welchem er den Hofrath von Haslwanger und den Dr. von Grebmer in Brunn als Kandidaten empfiehlt. — Leider sind die beiden Genannten schon seit Jahren gestorben. Wie das „Innsbrucker Tagblatt“ hiezu boshaft bemerkt, scheint das officiöse Blatt den doppelten Zweck verfolgt zu haben, es durch seine Kandidatenliste mit niemandem zu verderben und beiden Parteien einen Grund zum Lachen zu verschaffen.

### Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Bestellung von Veterinärärzten.) Der k. k. krainischen Landwirtschaftsgesellschaft wurde laut Zuschrift der k. k. Landesregierung bekannt gegeben, daß laut Beschluß Sr. Majestät vom 2ten April zwei weitere Bezirksveterinärärzte für Krain bewilligt wurden. Dieser neue Beweis des kaiserlichen Wohlwollens für unser Kronland ist um so höher anzuschlagen, als hiedurch einem wirklichen und tief gefühlten Bedürfnisse unserer Landgemeinden abgeholfen wird.

— (Rationale Wählerversammlung.) Sonntags findet in der Citalnica eine nationale Wählerversammlung behufs Nominierung eines Kandidaten für die Landeshauptstadt Laibach statt.

— (Priesterweihe.) Der Herr Fürstbischof Dr. Chrysostomus Bogacur wird am 23., 24ten und 26. Juli d. J. außer vier Theologen des dritten auch noch 14 Theologen des vierten Jahrganges die höheren Weihen erteilen, und zwar den Herren: Joh. Uzman aus Kropp, P. Veric aus Bad, Fr. Gregori aus Kronau, J. Regen aus Pölland, J. Sa-

vide aus Gottschee, J. Salotar aus Görjach, Joh. Wachsel aus Haselbach, Johann Belec aus Radomlje, A. Bobet aus Reifnig, Th. Potocnik aus Eisnern, Joh. Sager aus Laibach, M. Terzel aus Schwarzenberg, Fr. Zorec aus St. Lorenz, B. Zupanc aus Radmannsdorf. Von diesen haben die Herren J. Wachsel und J. Samide den Occupations-Feldzug in Bosnien, beziehungsweise in der Herzegovina mitgemacht, wo sich letzterer auch das goldene Portepee erwarb.

— (Im Interesse des allgemeinen Geschäftsverkehrs) hat das k. k. Finanzministerium ein diesbezügliches Gesuch der krainischen Handels- und Gewerbekammer dahin erledigt, daß es die k. k. Finanzdirection für Krain beauftragte, in Zukunft die Gesuche um Anweisung der nöthigen Verläge für das k. k. Landeszahlamt in Laibach in der Weise an das Finanzministerium gelangen zu lassen, daß eine Unterbrechung in der Verwechslung der kleinen Staatsnoten gegen Fünzig-Guldennoten nicht mehr eintreten kann.

— (Für die Abbrandler von Innergoriza,) welche durch das am Frohnleichnamstage ausgebrochene Schandfeuer um Hab und Gut kamen und in vielen Fällen nur das nackte Leben aus den Flammen retten konnten, werden milde Unterstüßungen bei dem Pfarramte Bresowitz bei Laibach sowie auch vom k. k. Hauptmann i. P. Herrn Jakob Euden in Laibach (Coliseum, Zimmer Nr. 66) angenommen. Rasche Hilfe thut dringend noth, und wer rasch gibt, gibt ja nach altem Wahrsprüche doppelt.

— (Brand.) Am 12. d. ist in Straßische nächst Krainburg das Wirthschaftsgebäude des Grundbesizers Anton Kriznar nebst den darin aufgespeicherten Vorräthen abgebrannt. Das Feuer war in einem am Wirthschaftsgebäude aufgeschichteten Holzstöße aus unbekannter Veranlassung ausgebrochen. Der Schaden des Besitzers wird auf 700 bis 800 fl. angegeben, während die ihm zufallende Versicherungsprämie bloß 500 beträgt.

— (Nationales Wahlmanöver.) Nachdem trotz einer äußerst rührigen Agitation doch keine Aussicht vorhanden ist, den krainischen Großgrundbesitz zu einer Stimmenabgabe im Sinne des Hohenwart'schen Schreibens zu bewegen, versucht man noch im letzten Augenblick, den Klerikalen eine Anzahl von Stimmen in der Großgrundbesitzercurie zuzuwenden. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wurden von klerikaler Seite durch Dr. Ughazhiz zahlreiche Reclamationen gegen die Wählerliste des Großgrundbesitzes eingebracht. So verlangt man die Aufnahme von acht Geistlichen, welche landtäfliche Güter besitzen sollen, und des Besitzthums der Stadt Stein, dessen Verwaltung sich in nationalen Händen befindet.

— (Literarisches.) Von Balvasors „Die Ehre des Herzogthums Krain“ (Verlag von Joh. Kravec in Rudolfswerth) ist die 59. Lieferung (XIV. Buch, 2. Heft) erschienen. Das vorliegende Heft behandelt die Geschichte der illyrischen Japydier und Carner vom Ausbruche des Krieges zwischen den Römern und dem macedonischen König Perseus (Perse) bis zur Eroberung der japydischen Stadt Metulum durch den römischen Kaiser Augustus.

### Witterung.

Laibach, 19. Juni.

Nachts und morgens Regen, seit mittags theilweise Aufheiterung, schwacher N. Wärme: morgens 7 Uhr + 13.8°, nachmittags 2 Uhr + 18.7° C. (1878 + 20.7°; 1877 + 23.2° C.) Barometer im Steigen, 736.08 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 17.1°, um 1.1° unter dem Normale; der gestrige Niederschlag 11.60 Millimeter Regen.

### Angekommene Fremde

am 18. Juni.

Hotel Stadt Wien. Geßler, Ling. — Czeczwizka, Reif, v. Lindheim, k. k. Abgeordneter, Hoffmann, Lomiz, Pefial und Winkus, Wien.

Hotel Elefant. Lauric, Neudorf. — Fahr, Km., Darmstadt. — Schüller, Geschäftsbreij. — Friedmann, Km., Budapest. — Groggny, Holzknägel-fabrikant, Steiermark. — Gmitter f. Tochter, und Paulus, Waldschützungs-Spizektor, Graz. **Baierischer Hof.** Preradovic, Krainburg. **Kaiser von Oesterreich.** Ramroth, Lehrer, Adelsberg. — Krumic, Lehrer. **Möhren.** Zahler, Pferdehändler, Persien. — Werhuz, Arbeiter, Lad. — Rosenberg, Brauer, Görz. **Stadt München.** König Johann und König Mathias f. Frau nebst Sohn, Gottschee. — Nöchl f. Frau, Schallendorf. — Pelscher Josefine, Rostau.

### Lebensmittel-Preise in Laibach

am 18. Juni.

Weizen 7 fl. 15 kr., Korn 4 fl. 71 kr., Gerste 4 fl. 23 kr., Hafer 2 fl. 93 kr., Buchweizen 4 fl. 88 kr., Hirse 4 fl. 71 kr., Kukuruz 4 fl. 80 kr. per Hektoliter; Erdäpfel — fl. — kr. per 100 Kilogramm; Fischen 7 fl. — kr. per Hektoliter; Rindschmalz 92 kr., Schweinfett 70 kr., Speck, frischer 54 kr., gefeilter 60 kr., Butter 72 kr. per Kilogramm; Eier 1 1/2 kr. per Stück; Milch 8 kr. per Liter; Rindfleisch 58 kr., Kalbfleisch 54 kr., Schweinfleisch 60 kr., Schöpfenfleisch 34 kr. per Kilogramm; Heu 1 fl. 78 kr., Stroh 1 fl. 51 kr. per 100 Kilogramm; hartes Holz 7 fl. — kr., weiches Holz 5 fl. — kr. per vier C-Meter; Wein, rother 20 fl., weißer 16 fl. per 100 Liter.

### Telegraphischer Kursbericht

am 19. Juni.

Papier-Rente 66.40. — Silber-Rente 68.30. — Gold-Rente 77.70. — 1860er Staats-Anlehen 126.—. — Bankactien 827. — Kreditactien 259.75. — London 115.95. — Silber —. — k. k. Münzducaten 5.48. — 20-Francs-Stücke 9.24 1/2. — 100 Reichsmark 56.95.

Neuestes in **Herren-Halskravatten,** sehr billig, bei (166) 6 **Karl Karinger.**

Unter Bezugnahme auf die Kundmachung des Herrn Carl M. Faber, Privilegien-Inhaber in Graz, zeige ich hiemit ergebenst an, daß ich das

## Haupt-Depôt

für **Steiermark, Kärnten, Krain**

der kais. k.  **auschl. priv.**

# Keilflaschen

(Flaschen von keilförmiger Gestalt)

übernommen habe, welche ich zur geneigten Abnahme bestens empfehle.

Die Keilflaschen werden je nach Bedarf in allen Größen, in verschiedener Stärke und in verschiedenen Farben, mit mechanischem Verschlusse oder ohne solchen, zum Gebrauche für Milch, Fruchtsäfte, Bier, Wein, Liqueur, Mineralwässer, Parfümerien u. s. w. hergestellt. — Vorkäuflich sind ein Liter haltende, grüne, mit mechanischem Verschlusse versehene, von Friedrich Siemens in Dresden fabricierte Keilflaschen am Lager.

Die Keilflaschen eignen sich ihrer exclusiven leichten Packungsart wegen in erster Reihe als „Transportflaschen“ für Flüssigkeiten überhaupt, und vermöge ihrer eigenthümlichen, das Umstürzen derselben erschwerenden Form als „Haushaltungsflaschen“ zur Aufbewahrung von Wein, Spiritus, Petroleum, Essig, Del u. s. w.

### Wiederverkäufer

erhalten entsprechenden Rabatt, und werden die Herren Kaufleute hier und in allen Ortschaften genannter Provinzen zum Bezuge von Musterbestellungen höflichst eingeladen.

## J. K. Klammerth,

Porzellan- u. Glasfabrik-Niederlage,

**Graz,**

**9 Herrengasse 9.** (299) 3-1